



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**HFA**

über die  
4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Dienstag, dem 18.09.2012  
im

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend

Bürgermeister  
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher  
Frau Marion Dyduch  
Frau Astrid Gube  
Frau Petra Hartig  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Heiko Klanke  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Reinhard Hasler  
Frau Susanne Middendorf  
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

## Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Frau Sabrina Conrad  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jörg Mösgen  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

## Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Kissing  
Herr Michael Krause  
Frau Annette Mann  
Herr Martin Wiegelmann

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Hundesteuersatzung der Stadt Kamen – Neufassung	060/2012
2	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 12.07.01	064/2012
3	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 11.06.02	065/2012
4	Feststellung Gesamtabschluss 2010	072/2012
5	Feststellung Jahresabschluss 2011	071/2012
6	Finanzbericht	
7	Bürgeranregung zur Situation der Fahrradparkplätze am Bahnhof	062/2012
8	Bürgeranregung zur unkonventionellen Erdgasgewinnung	061/2012
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## **A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.  
060/2012

Hundesteuersatzung der Stadt Kamen – Neufassung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 2.  
064/2012

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 12.07.01

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 3.  
065/2012

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung im Produkt 11.06.02

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.  
072/2012

Feststellung Gesamtabschluss 2010

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.  
071/2012

Feststellung Jahresabschluss 2011

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.

Finanzbericht

Einleitend erinnerte Herr **Mösgen** an die Finanzberichte im vergangenen Jahr sowie im März dieses Jahres. Er wies darauf hin, dass er mit dem heutigen Bericht den Stand vom 31.07.2012 wiedergebe.

Zunächst informierte er den Ausschuss, dass die Wirtschaftsprüfer dem Jahresabschluss 2011 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt haben. Der Jahresabschluss schließe mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 17,498 Mio. Euro und damit um 0,9 Mio. Euro niedriger als geplant ab. Der geprüfte Jahresabschluss sei in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses bestätigt worden.

Der Gesamtabchluss 2010 für den „Konzern Stadt Kamen“ sei erstmalig aufgestellt worden, womit Kamen beim zeitlichen Vergleich mit den Städten und Gemeinden in NRW in der Spitzengruppe liege. Der Gesamtabchluss umfasse alle Beteiligungen wie beispielsweise das Hellmig-Krankenhaus, den Eigenbetrieb Stadtentwässerung, die VHS und die GSW.

Die Fertigstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2011 stehe unmittelbar bevor. Die fristgerechte Zuleitung der Unterlagen sagte er zum 30.09. zu.

Allgemein berichtete der Kämmerer zum laufenden Wirtschaftsjahr 2012, dass es keine Anzeichen für wesentliche Veränderungen zur Planung gebe. Gerechnet werde laut Plan mit einem Fehlbetrag i.H.v. 18,5 Mio. Euro.

Im Folgenden gab er einen Überblick zur Entwicklung der Erträge. Nachdem er zunächst die Entwicklung der Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer von 2010 bis 2017 dargestellt hatte, berichtete er, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer aktuell bei 14,16 Mio. Euro liegen würden und somit etwas höher seien, als in der Planung veranschlagt. Die Einnahmen aus Grundsteuer und Vergnügungssteuer entwickelten sich nach Plan.

Die Schlüsselzuweisungen seien immer noch vorläufig festgesetzt, ein Bescheid liege bislang noch nicht vor. Ursächlich sei vermutlich das noch anhängige Klageverfahren.

Im Anschluss wandte der Kämmerer den Blick auf die Aufwandsseite.

Er berichtete, dass im Jahr 2011 statt geplanter 12 Mio. Euro nur Kassenkredite i.H.v. 2 Mio. aufgenommen worden seien. Dagegen sei der Ansatz für 2012 i.H.v. 6,39 Mio. Euro bereits überschritten. Insgesamt seien bis jetzt schon Kassenkredite i.H.v. 7,5 Mio. Euro aufgenommen worden. Zum Vergleich bezifferte er das Gesamtvolumen der Kassenkredite der Städte und Gemeinden NRWs zum 31.03.2012 auf 23,55 Mrd. Euro.

Er informierte, dass in 2011 Darlehen i.H.v. 863.000 Euro aufgenommen worden seien. Für 2012 seien Darlehensneuaufnahmen, u.a. vor dem Hintergrund der Maßnahme Bahnhofsumfeld, von 5,227 Mio. Euro geplant worden. Bislang habe man noch keine neuen Darlehen aufnehmen müssen, bis zum Ende des Jahres werde dies jedoch voraussichtlich noch notwendig sein.

Das Zinsniveau auf dem Darlehensmarkt sei stabil. Sofern möglich, würden langfristige Zinsfestlegungen bevorzugt genutzt. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass die Stadt bislang noch keinerlei Schwierigkeiten habe, Kredite aufzunehmen.

Zum laufenden Klageverfahren der Swaps informierte Herr Mösgen von dem am 14.09.2012 stattgefundenen Anhörungstermin vor dem Landgericht Dortmund. Er zeigte sich in der Tendenz hoffnungsvoll, dass sich das Gericht der Auffassung der Stadt anschließe. Trotzdem gehe er davon aus, dass die Klage nicht erstinstanzlich, sondern womöglich erst durch den Bundesgerichtshof abschließend entschieden werde.

Die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 zeige keine Besonderheiten auf.

Einen Ausblick auf den Plan für 2013 könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geben, da der Planungsprozess noch nicht abgeschlossen sei.

Mit einem kurzen Exkurs zum Gemeindefinanzierungsgesetz zeigte der Kämmerer auf, dass nach der ersten Modellrechnung Kamen voraussichtlich 3 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen vom Land erhalte als nach den Sätzen des Orientierungserlasses von November 2011 prognostiziert. Insgesamt erhalten, trotz einer Erhöhung der Gesamtsumme um 3,5 %, 210 Kommunen weniger Zuwendungen als noch in 2012. Im Kreis Unna seien bis auf Bönen und Werne alle Kommunen betroffen.

Im Rahmen der Ursachenforschung müsse ein Blick auf einen Vergleich der Steuerkraftentwicklung im kreisfreien und im kreisangehörigen Raum geworfen werden. Dabei werde deutlich, dass der kreisfreie Raum eine negative Steuerkraftentwicklung verzeichne und gleichzeitig die Schlüsselzuweisungen steigen würden. Damit gingen 7,4 % der Schlüsselzuweisungen an den kreisfreien Raum. Zur Verdeutlichung zählte er die Schlüsselzuweisung für die Städte Essen, Bonn und Münster auf.

Um die mangelnde Verteilungsgerechtigkeit zu verdeutlichen, zeigte er auf, dass in dem Zeitraum von 2000 bis 2012 die Schlüsselzuweisungen für kreisangehörige Städte lediglich um 3,45 % gestiegen seien, wogegen bei den kreisfreien Städten eine Steigerung von 48,69 % vorliege.

Abschließend berichtete der Kämmerer zum Stärkungspakt der Landesregierung. In einer ersten Stufe der verpflichtenden Teilnahme, seien auf 34 Kommunen seit 2011 jährlich insgesamt 345 Mio. Euro verteilt worden. Der Anteil kreisfreier Städte betrage 75 %. Die zweite Stufe beruhe auf freiwilliger Teilnahme der Kommunen. Daran würden 27 Kommunen teilnehmen, an die ab 2014 309 Mio. Euro ausgeschüttet würden, davon 76 % an kreisfreie Städte.

Vorweg kritisierte Frau **Scharrenbach**, dass dem Wunsch ihrer Fraktion nach regelmäßigen Finanzberichten, sowohl in diesem Ausschuss als auch produktbezogen in den Fachausschüssen, bislang nicht von der Verwaltung nachgekommen worden sei.

Zum Gesamtabschluss führte sie aus, dass die Stadt zwar die Frist nicht eingehalten habe, im NRW weitem Vergleich, sei man jedoch früh in der Aufstellung.

Bezogen auf die vorgetragene Aufnahme für Investitionsdarlehen, fragte sie nach, ob sich die geplante Darlehensaufnahme von 5 Mio. Euro ausschließlich auf die Maßnahme Bahnhofsumfeld bezogen habe.

Weiter erkundigte sie sich nach der Gewerbesteuerschätzung für das nächste Jahr, nach dem aktuellen Zeitwert der Swaps sowie nach der Höhe der momentan abgeschlossenen Zinssicherungsgeschäfte.

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz wies sie daraufhin, dass aufgrund der höheren Soziallasten, die kreisangehörigen Gemeinden für 2012 höhere Zuwendungen erhalten hätten.

Frau **Scharrenbach** gab zu berücksichtigen, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz prozyklisch wirke.

Herr **Hupe** bat um Verständnis, dass noch keine Prognose zu den Gewerbesteuererinnahmen 2013 abgegeben werden könne, da die Mittelplanung für 2013 innerhalb der Verwaltung noch nicht abgeschlossen sei. Er wandte ein, dass man rein aus den erhöhten Soziallasten noch keinen Automatismus zu Gunsten des kreisfreien Raumes annehmen könne, eine detaillierte Betrachtung sei unbedingt erforderlich.

Mit Verweis auf den im März 2012 gegebenen Finanzbericht, entgegnete Herr **Mösgen** zur geäußerten Kritik, dass der Haushalt nicht statisch sei und daher die Finanzberichte immer mit verschiedenen Schwerpunkten, ausgewählt nach Aktualität, wie beispielsweise der heutige Exkurs zum Gemeindefinanzierungsgesetz, versehen seien. Zudem hebe er nur die wesentlichen Aspekte, wie Abweichungen von den Planungen, hervor. Unabhängig von den politischen Diskussionen zum Gemeindefinanzierungsgesetz habe er heute den Blick auf die Ursachen der Verteilung richten wollen, um so für die Zukunft den richtigen Ansatz zu finden.

Zum Marktwert der Swaps informierte der Kämmerer, dass dieser bei den städtischen Swaps bei fast 5 Mio. Euro und bei den Swaps des Eigenbetriebes bei ca. 2,5 Mio. Euro liege.

Für alle einzelnen Maßnahmen im Rahmen des Gesamtprojektes Bahnhofsumfeld sei mit Darlehensaufnahmen i.H.v. 6,3 Mio. Euro verteilt auf mehrere Jahre, in Absprache mit der Bezirksregierung geplant worden. Die gesamte Summe habe man bisher jedoch nicht in Anspruch nehmen müssen.

Herr **Eisenhardt** wünschte sich eine bessere Visualisierung bzw. eine schriftliche Präsentation der Finanzberichte. Neben der Aufnahme von aktuellen und variablen Themen schlug er eine Standardisierung der Berichte vor.

Frau **Scharrenbach** ergänzte den Wunsch in allen Ausschüssen zur produktbezogenen Planung zu berichten, so wie es in einigen Ausschüssen bereits praktiziert werde. Dies erhöhe die Transparenz.

Unter Bezugnahme auf die Klage zu den CHF-Swaps erkundigte sie sich, ob die übrigen von der Stadt gehaltenen Zinssicherungsswaps ebenfalls Gegenstand der Klage seien.

Herr **Hupe** erläuterte, dass die Payer-Swaps als Zinssicherungsswaps kein finanzielles Risiko bedeuten würden und nur aufgrund der analogen negativen Marktwertproblematik mit in die Klage aufgenommen worden seien. Die Frage nach der Beratungspflicht über die Marktwertermittlung stelle sich hier ebenso wie bei den CHF-Swaps.

Herr **Mösgen** fügte ergänzend hinzu, dass die Erweiterung der Klage um die Payer-Swaps aufgrund des sachlichen Zusammenhangs auf Anraten der beauftragten Rechtsanwälte erfolgt sei. Finanzielle Belastungen würden daraus nicht folgen.

Zur Kritik von Frau **Scharrenbach**, dass die Verwaltung nicht über die Klageerweiterung informiert habe, zeigte der **Bürgermeister** seine Verwunderung, da nur ein Teil der Klage betroffen sei, welcher ausschließlich

Feststellungszwecken diene.

Herr **Mösgen** verdeutlichte, dass dies einzig eine Frage der Prozesstaktik sei und man in dieser Angelegenheit auf den Rat der Rechtsanwälte vertraue.

Zu TOP 7.  
062/2012

Bürgeranregung zur Situation der Fahrradparkplätze am Bahnhof

### **Beschluss:**

Die Bürgeranregung zur Situation der Fahrradparkplätze am Bahnhof wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
061/2012

Bürgeranregung zur unkonventionellen Erdgasgewinnung

Einleitend erinnerte Herr **Hupe** an die Diskussion im Rat und die dort beschlossene Resolution.

Die Firmen Minegas Power und HammGas hätten in Gesprächen ihre Zusage gegeben, auf Frackingmethoden zu verzichten.

Das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten liege mittlerweile vor und müsse nun noch detailliert ausgewertet und diskutiert werden. Als Ergebnis könne aber bereits jetzt die kritische Bewertung des chemischen Frackings festgehalten werden. Das von der Landesregierung verhängte Moratorium gelte unverändert weiter.

Der Bürgermeister machte deutlich, dass die Bürgeranregung mit den städtischen Grundstücken nur einen kleinen Teilbereich anspreche, attraktiver für die Erdgasgewinnung könnten jedoch vor allem landwirtschaftliche Flächen sein.

Die Verwaltung halte es vor der abschließenden Behandlung des Antrages für sinnvoll, die Ergebnisse der endgültigen Auswertung des Gutachtens und der anschließenden landespolitischen Diskussion abzuwarten.

Abschließend wies er darauf hin, dass die GSW bereits auf dem Gebiet der Windkraftanlagen aktiv seien und zurzeit eine Potenzialanalyse zur Suche nach geeigneten Flächen auf Kamener Stadtgebiet laufe.

Frau **Dyduch** richtete den Blick auf die vom Rat im Mai 2011 beschlossene Resolution zur Erdgasgewinnung sowie das von der Landesregierung beauftragte Gutachten. Sie gab zu berücksichtigen, dass das Verfahren um das Gutachten noch nicht abgeschlossen sei, entsprechend sei das Moratorium der Landesregierung verlängert worden.

Unabhängig davon sah sie den Bund in der Pflicht gesetzliche Regelungen zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu treffen.

Die Fraktion stimme der Intention der Beschlussvorlage zu.

Frau **Scharrenbach** machte deutlich, dass die Stadt hier nur im Rahmen des geltenden Rechts handeln könne. Das Bundesgutachten zum Fracking spreche sich eindeutig für eine gesetzlich manifestierte Umweltverträglich-

keitsprüfung aus. Das Landesgutachten lasse diese Frage teilweise offen. Sie zeigte sich verwundert, dass die Bezirksregierung aktuell noch Probebohrungen zulasse.  
Der Beschlussvorlage werde zugestimmt.

Die Bürgeranregung sei Ausdruck der Angst, die aufgrund der Unklarheiten über die Risiken der Erdgasgewinnung bestehe, führte Herr **Kühnapfel** aus.

Das Moratorium sowie die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung seien ein guter Weg, würden den Bürgern die Ängste jedoch nicht nehmen. Es sei daher wichtig sofortige Signale im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt zu setzen, dies könne durch die Bürgeranregung erreicht werden. Es sei vorstellbar, dass ein solcher Beschluss auch Ausstrahlungswirkung auf das Verhalten privater Grundstückseigentümer nehmen könne.

Herr **Grosch** vertrat die Auffassung, dass dem Antrag, auch wenn er mit den städtischen Grundstücken nur einen Teilaspekt betreffe, zugestimmt werden sollte. Zwar sei das Moratorium verlängert worden und es werde derzeit auf die Methode verzichtet, jedoch bleibe die Befürchtung, dass Fracking in bestimmten Gebieten irgendwann doch zugelassen werde. Er plädierte dafür mit der Zustimmung zum Bürgerantrag ein Zeichen zu setzen.

Herr **Hupe** fasste zusammen, dass Einigkeit in der Position gegen chemisches Fracking bestehe. Es liege allerdings nicht allein in der rechtlichen Zuständigkeit der Stadt Kamen, das Fracking zu verhindern. Der Geradlinigkeit gegenüber den Bürgern sei es deshalb geschuldet, dass hier nur im Rahmen der Möglichkeiten sowie Grenzen der Stadt und damit der städtischen Grundstücke diskutiert werden könne. Vordringlich sei es, Verfahrensabläufe informell zu transportieren.  
Er stellte heraus, dass eine Genehmigung für städtische Grundstücke nur nach vorheriger Information und Entscheidung des Rates möglich sei.

Herr **Kühnapfel** wandte ein, dass den Antragstellern die Grenzen des städtischen Handelns bewusst seien, hier jedoch vor allem der Signalcharakter und dessen Vorbildfunktion auf private Grundstücksbesitzer im Vordergrund stünden.

Herr **Hupe** betonte, dass für die Verwaltung die Transparenz und Information der Bürger von großer Bedeutung seien.

### **Beschluss:**

Die Entscheidung über die Bürgeranregung zur unkonventionellen Erdgasgewinnung wird zurückgestellt.  
Die Verwaltung wird beauftragt, zu gegebener Zeit zum Verfahrenstand zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### Mitteilungen

Herr **Hupe** berichtete zu den Dienstreisen, dass vom 06. bis 09. September 2012 die Mitglieder des Partnerschaftsausschusses Frau Schölzel sowie die Herren Henning, Hasler und Plümpe am Kamener Tag in Montreuil-Juigne teilgenommen haben.

#### Anfragen

Frau **Dyduch** erkundigte sich nach dem Arbeitsstand zur Umwandlung der RAA in ein kommunales Integrationszentrum.

Herr **Mösgen** berichtete, dass in der letzten Sozialdezernentenkonferenz eine Kurzinfo zu dem Entwurf des Konzeptes des Kreises gegeben worden sei. Mit der Erläuterung der Historie und Funktion der RAA Kreis Unna machte er deutlich, dass die RAA in der Vergangenheit schon mit der Kommunalen Integration befasst gewesen sei. Im Jahr 2007 seien vom Kreistag Integrationsleitzielen beschlossen worden, aus denen eine eingerichtete Steuerungsgruppe ein Arbeitskonzept erarbeitet habe, welches dem Kreistag im Oktober zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Ziel sei es optimale Voraussetzungen zu schaffen.

Durch die Umwandlung der RAA in ein kommunales Integrationszentrum würden sich keine umfangreichen Änderungen ergeben. Es finde ausschließlich eine Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen statt.

Auf die Frage von Frau **Dyduch** nach den finanziellen Auswirkungen, zitierte Frau **Scharrenbach** den Landeserlass, der eine Förderung für 1 ½ zusätzliche Stellen vorsehe.

Sie fragte nach, ob die Stadt durch den Kreis an dem Umwandlungsprozess beteiligt worden sei, da dieser auch für die einzelnen Kommunen von Bedeutung sei.

Der Bürgermeister erklärte, dass bislang ein parlamentarisches Abstimmungsverfahren mit dem kreisangehörigen Raum nicht vorgesehen gewesen sei.

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer